Aus aktuellem Anlass wurde dieser TOP eingefügt.

Der Bürgermeister gab einen kurzen Überblick zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) und beantwortete mündlich die kurzfristig eingegangene Anfrage der CDU, DS-Nr. 17/0138 zu dieser Thematik.

Protokollnotiz:

Ich verweise hierzu auf die zwischenzeitlich schriftlich vorliegende Beantwortung dieser Anfrage.

Der Bürgermeister sagte, dass mit Herrn Steitz eine zeitliche Begrenzung der ZUE auf zehn Jahre besprochen worden und ein entsprechendes Schreiben am Tag der Ratssitzung an die Bezirksregierung von ihm unterschrieben worden wäre, um diese schriftliche Begrenzung in Gang zu setzen. Dies wäre ein absehbarer Zeitraum für die Anwohner und die Stadtentwicklung.

Frau Bergmann-Gries von der SPD-Fraktion sagte, sie wäre etwas enttäuscht, denn sie hätte nach der Bürgerinformation durch die Bezirksregierung (BR) im Februar die Hoffnung gehabt, dass die BR es schaffe, bis heute etwas zu präsentieren, was es schaffe, dass nicht so viele Problemmeldungen auftreten. In der Bürgerinformation hätte man auch gesagt, dass nach einem halben Jahr ein Art Brainstorming erfolgen solle.

Herr Knülle von der SPD-Fraktion bekräftigte die Ausführungen von Frau Bergmann-Gries und sagte, dass der Rat die Nutzung der ZUE als Dublin-Flüchtlingszentrum aus guten Gründen einstimmig abgelehnt habe. Es müsse mit großem Engagement dafür gesorgt werden, dass die Angst in der Bevölkerung nicht steigt, sondern abgebaut wird und sich das Umfeld der ZUE normal entwickelt. Es solle dafür gesorgt werden, dass die Einrichtung als Dublin-Flüchtlingszentrum so schnell wie möglich wieder geschlossen werde.

Herr Schell von der CDU-Fraktion bat, dass die Verwaltung bei der BR nochmal nachhören solle, wann und wie viele Umfeldmanager kämen, denn sie hätten die Erfahrung machen müssen, dass sich die geplante Zeitschiene bei der BR immer wieder sehr verzögern würde. In der ZUE und auf dem Gelände der ZUE wäre grundsätzliches Alkoholverbot, dadurch würden die Bewohner außerhalb des Geländes der ZUE Alkohol konsumieren, was zu Störungen bei den Anwohnern führe. Herr Schell fragte nach, ob diese Problematik, bei der BR angesprochen worden wäre.

Der Bürgermeister antwortete dazu, dass bei einer Ortsbesichtigung mit der BR ein möglicher Platz draußen, auf dem Gelände besichtigt worden wäre, der vorgesehen wäre, um eine Art „Biergarten“ für die Bewohner zu ermöglichen. In diesem Bereich hätten die Bewohner der ZUE dann die Möglichkeit ihr Glas Bier oder Wein zu trinken, ohne das Gelände verlassen zu müssen und auch ohne die anderen Bewohner zu stören. Herr Steitz würde die Einrichtung dieses Bereiches unterstützen.

Auf Nachfrage von Herrn Willenberg von der CDU-Fraktion bestätigte der Bürgermeister, dass die Begehung und Bestreifung durch die Polizei im Umfeld der ZUE, wie angekündigt, gravierend erhöht worden wäre.

Frau Jung von der FDP-Fraktion verdeutlichte nochmal, dass das subjektive Sicherheitsgefühl in Sankt Augustin nicht nur im Bereich der ZUE abgenommen habe. Die mögliche Perspektive, dass in der ZUE zehn Jahre Dublin-Flüchtlinge untergebracht würden, erachte sie für viel zu lange. Dies wäre eine ganze „Kinder-Heranzwachsenengeneration“. Frau Jung fragte daher, ob über ein gewisses Rotationsprinzip nachgedacht worden wäre, dass evtl. nach ein oder zwei Jahren mal wieder andere Flüchtlinge in dieser ZUE untergebracht würden und die Dublin-Flüchtlinge dann in einer anderen Stadt untergebracht würden.

Der Bürgermeister antwortet, dass man zugesichert habe, dass das gesamte Verfahren Dublin-Flüchtlinge und die Konzentration in begrenzte Räume, wie in unserer ZUE, nach einem halben Jahr überprüft würde.

Das Ziel der Begrenzung der ZUE auf zehn Jahre, wäre unabhängig von Dublin-Flüchtlingen, denn bislang habe Sankt Augustin die Perspektive, dass die ZUE unbegrenzt für Flüchtlinge zur Verfügung stände. Unabhängig von den Dublin-Flüchtlingen würden sie versuchen eine Begrenzung der ZUE auf zehn Jahre zu bekommen.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, dass das ganze Konzept des Dublin-Zentrums hinterfragt werden müsse. Die Evaluation nach einem halben Jahr zeige hoffentlich, dass dieses Pilotprojekt wieder eingestellt werde.

Herr Metz bekräftigte die Aussage von Herrn Schell, dass der Umfeldmanager schon lange von der BR zugesagt worden wäre und es könne nicht sein, dass man aufgrund von Beschwerden die BR nochmal daran erinnern müsse. Ihnen wäre es wichtig, dass man nicht generalisiere, das Ängste ernst genommen, aber auch nicht geschürt würden. Deshalb sollten das Verfahren und die Ansprechpartner möglichst transparent gemacht werden und das Umfeld, die Bewohner und die gesamte Stadt durch die jeweils zuständigen Stellen, die Betreiber, die Stadtverwaltung, Polizei und Bezirksregierung zusammen nochmal eine Information bekommen.

Herr Schmitz-Porten von der SPD-Fraktion machte nochmal darauf aufmerksam, dass es der Wille des Rates gewesen wäre dieses Dublin-Zentrum nicht in die Ballungszone zu bringen, weil dies kein geeigneter Standort dafür wäre. Man dürfe nicht von „Biergärten“ in ZUEs sprechen, weil dies zu ungewollten komischen Diskussionen in der Bevölkerung führen würde. Das berechtigte Anliegen, dass die Menschen dort normal leben wollten und dazu gehöre ja offensichtlich auch Alkoholkonsum, müsse geregelt werden und dies wäre, nach den Ausführungen des Bürgermeisters auf einem guten Weg. Er fragte nach den Arbeitszeiten des Umweltmanagers und möchte auch gerne wissen, wie viele Flüchtlinge freiwillig zur Ausreise gebracht würden und wie viele tatsächlich überstellt würden. Dies gehöre auch zu der Überlegung über die Sinnhaftigkeit dieser Anlage.

Herr Schell weist darauf hin, dass es wichtig wäre zu erfahren, nach welchen Kriterien die BR die ZUE in Sankt Augustin als Dublin-Zentrum ausgewählt habe. Er schlug darüber hinaus vor, dass versucht werden solle zu diesem wichtigen Punkt, Befristung der ZUE auf maximal 10 Jahre in Sankt Augustin, mit der BR einen Vertrag abzuschließen, um für die Stadt eine Sicherheit zu haben.

Herr Metz betonte für seine Fraktion nochmal, dass sie der Meinung sind, dass eine Unterbringung von 350 Menschen im gleichen Verfahrensstand am gleichen Standort, ganz gleich an welchem Standort, ungünstig wäre.

Frau Bergmann-Gries betonte, dass es ihr in der Diskussion um die Einrichtung ZUE in der Medienzentrale in Sankt Augustin nicht nur um den Standort ginge, sondern um die Konzentration von so vielen Menschen an einem Ort, die keine Perspektive. Diese große Fallzahl von Menschen mit großen Schwierigkeiten in ihrem Leben und in ihrer Lebensperspektive wäre für sie an dieser Stelle ein Problem.

Herr Köhler sagte, wenn er die Perspektive von Bund und Land einnehme, wäre die Einrichtung der ZUE vollkommen nachvollziehbar, nämlich Effizienz zu erzeugen. Dies wäre natürlich nicht der Standpunkt des Rates und der Verwaltung, aus ihrer Perspektive wäre es falsch, diese Menschen auf so wenige Standorte im Land in so großer Zahl zu konzentrieren. Dieses Pilotprojekt würde durch eine Evaluation überprüft. Aus dieser Evaluation müssten sie herausziehen, was verbesserungsmöglich und verbesserungsnötig sei. Sie müssten eine zeitliche Begrenzung erreichen. Ihm wären 10 Jahre zu lang. Er würde eher für die Hälfte plädieren. Es wäre sehr wichtig darauf hin zu wirken, da schloss er sich den Ausführungen von Herrn Schell an, dass die Zusagen der BR zeitnah eingehalten würden.

Herr Köhler machte darüber hinaus darauf aufmerksam, dass sie die Befindlichkeiten aus der Bevölkerung wahrnehmen und aufnehmen, aber nicht jedes Gefühl von Unsicherheit als Bedrohung sehen sollten. Denn ganz schnell würden sich Vorurteile aufbauen und zu Urteilen werden.

Herr Knülle unterstrich die Aussagen seiner Vorredner. Er plädiere auch dafür, dieses Pilotprojekt Dublin-Flüchtlinge in der ZUE so schnell wie möglich zu beenden und auch die ZUE in ihrer Langfristigkeit so schnell wie möglich wieder zu verkürzen.